

Medienmitteilung

Zug, 01. Mai 2023 [Sperrfrist 30.04.2023; 24:00 Uhr]

Zuger Komitee Ja zur OECD-Mindeststeuer für grosse internationale Unternehmen

Am 18. Juni 2023 stimmt die Schweiz über eine Verfassungsänderung zur Einführung der OECD-Mindeststeuer ab. Grosse, international tätige Unternehmensgruppen sollen künftig weltweit einheitlich zu mindestens 15 Prozent besteuert werden. KMU's sind nicht betroffen. Ein breit abgestütztes Zuger Pro-Komitee von bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsorganisationen unterstützt die Vorlage, die dafür sorgt, dass die Steuereinnahmen in der Schweiz bleiben.

Grosse, international tätige Unternehmensgruppen sollen in jedem Land weltweit zu mindestens 15 Prozent besteuert werden. Darauf haben sich über 130 Staaten weltweit geeinigt. Hält sich die Schweiz nicht daran, dürfen andere Länder die fehlende Besteuerung der Unternehmen vornehmen.

Um zu verhindern, dass Steuergeld ins Ausland fliesst, hat der Bundesrat einen neuen Verfassungsartikel erarbeitet, der als Grundlage für eine nationale Umsetzung der OECD-Mindeststeuer dient. Über diesen Artikel wird am 18. Juni abgestimmt. KMU's sind nicht betroffen und profitieren weiterhin von den tieferen Zuger Unternehmenssteuern.

Steuerbeiträge von Unternehmen sichern Wohlstand in der Schweiz und im Kanton Zug

Für den wirtschaftsstarken Kanton Zug ist es zentral, dass die Mehreinnahmen, die aus der höheren Besteuerung resultiert, in der Schweiz und zu einem grossen Teil im Kanton bleiben. Die Zuger Regierung beabsichtigt, die Mehreinnahmen aus der OECD-Mindeststeuer in die Förderung von Standortfaktoren zu investieren. Darum unterstützt ein breit abgestütztes Komitee, bestehend aus FDP, Grünliberalen, Mitte, SVP, AWG sowie der Zuger Wirtschaftskammer und dem Gewerbeverband des Kantons Zug die Vorlage mit einem Ja. Im Zuger Pro-Komitee sind, zusätzlich zu den Vertreterinnen und Vertreter der bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsorganisationen, die Zuger Ständeräte Peter Hegglin und Matthias Michel, die Nationalräte Thomas Aeschi und Gerhard Pfister, die Volkswirtschaftsdirektorin Frau Landammann Silvia Thalmann-Gut, der Finanzdirektor Regierungsrat Heinz Tännler, die Vorsitzende der gemeindlichen Finanzvorsteher-Konferenz Manuela Inglin-Henggeler (Gemeinderätin Unterägeri) sowie der Vorsitzende der Gemeindepräsidentenkonferenz Peter Hausherr (Gemeindepräsident Risch-Rotkreuz).

Die OECD-Steuerreform kommt sowieso – ein Ja am 18. Juni bedeutet, dass:

- kein Steuergeld ins Ausland abfliesst
- die Standortattraktivität des Kantons Zug erhalten bleibt
- die Steuerbeiträge von Unternehmen den Zugerinnen und Zugern in Form von öffentlichen Leistungen und Investitionen zugutekommen
- Rechtssicherheit für Unternehmen in der Schweiz geschaffen wird

Rückfragen: office@zwk.ch, Tel.041 525 59 10



Kontaktadresse: Zuger Wirtschaftskammer | Hinterbergstrasse 24 | 6312 Steinhausen
Telefon 041 525 59 10 | office@zwk.ch | www.zwk.ch